

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes

christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliustr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorstand einzusenden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei 9 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post bezogen 3.— M. Expedition und Druck von Joh. van Veen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66. Fernsprech-Nr. 1358. P. 12/1923

Nr. 39.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 26. September 1908.

Fernsprech-Nummer 4423.

10. Jahrgang.

Verbandstag 1908.

II.

Dem Berichte in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ haben wir noch nachzutragen, daß der Vorsitzende Schiffer vor Eintritt in die Tagesordnung der Versammlung folgende Geschäftsordnung vorschlägt:

1. Die Leitung der Generalversammlung liegt einem Bureau ob, das aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten, zwei Schriftführern und vier Sekretären (Beisitzern) zusammengesetzt ist. Die Wahl der Mitglieder des Bureaus erfolgt durch öffentliche Abstimmung.

2. Zur Prüfung der Mandate wählt die Generalversammlung eine fünfgliedrige Mandatsprüfungskommission durch öffentliche Abstimmung.

3. Wortmeldungen und Anträge müssen schriftlich eingereicht werden.

4. Die Rednerliste ist so zu führen, daß möglichst Vertreter aller Verbandsgebiete zu Worte kommen. Behufs Klärung und Nichtigstellung zwecks Aufklärung der Debatte kann ein Vertreter der Zentralleitung auch außerhalb der Rednerliste das Wort nehmen.

5. Die Redner haben sich streng an die Bestimmungen der Geschäftsordnung und an die Tagesordnung zu halten. Im übrigen ist Sachlichkeit Pflicht und sind die Anordnungen der Leitung zu befolgen. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

6. Die Redezeit beträgt für Referenten eine Stunde, für Begründer eines Antrages 15, für alle übrigen Redner 10 Minuten — vorausgesetzt, daß die Generalversammlung nicht zeitweise eine kürzere Redezeit beschließt.

7. Alle Anträge, die zur Verhandlung kommen sollen, müssen von mindestens 20 stimmberechtigten Teilnehmern der Generalversammlung unterstützt sein. Falls die Unterstützung nicht durch Unterschrift erfolgt ist, muß die Unterstützungsfrage gestellt werden. Diese Bestimmung findet auf Anträge zur Geschäftsordnung keine Anwendung.

8. Bei Geschäftsordnungsanträgen erhält ein Redner für und einer gegen den betr. Antrag das Wort.

9. Alle Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Die Beschlussfassung erfolgt, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Form festgesetzt wird, durch Handaufheben. Auf Antrag von 10 stimmberechtigten Delegierten muß die Abstimmung eine namentliche sein. Die erforderlichen Wahlen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

10. Die Generalversammlung tagt, sofern in Einzelfällen nicht anders beschlossen wird, vormittags von 9—1 Uhr, nachmittags von 3—7 Uhr. Die Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen.

Darauf erstattete Kollege Schiffer den Geschäfts- und Kassenbericht, worüber wir in der vorigen Nr. bereits berichteten.

Schaffrath-Düsseldorf ergänzt den Kassenbericht. Steinbeck-Wachen erklärt als Revisor, Kasse und Bücher in guter Ordnung gefunden zu haben und beantragt Entlastung.

Die Diskussion

über den Geschäftsbericht wird eingeleitet durch den Kollegen Roth-Düsseldorf: Wir haben an der Zentrale sehr über mangelhafte Ausführung und Zustand der angestellten Fragebogen zu klagen. Es muß in Interesse unseres Verbandes der Ausfüllung von Fragebogen eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Eine Sauberheit herrscht auch in der Abstellung von Zeitungen als Mitgliederbeleg. Durch diese Materialverschwendung werden dem Verbands viele unnütze Kosten anferlegt. Mehr Aufklärung über die Bestimmungen unseres Statuts ist notwendig. Durch die mangelhafte Kenntnis der Satzungen wird uns an der Zentrale viel Zeit und Geld unnützlich genommen. Bei Uebertritt von Kollegen aus anderen Verbänden ist nicht immer die nötige Vorsicht beachtet worden.

Röhling-Strassburg: Die Agitation muß mehr in die Tiefe gehen. Mit der äußeren Ausdehnung unseres Verbandes wird die gewerkschaftliche Vertiefung seiner Mitglieder notwendig. Ich möchte vorschlagen, den Beamten unseres Verbandes Spezialgebiete zuzuweisen, deren Studium sie sich besonders widmen sollen. Dadurch erhalten wir im Verbands-Kemmer der verschiedensten, für uns wichtigen Fragen. Die Beamten wären dann auch mehr in der Lage, für unser Verbandsorgan Beiträge zu liefern.

Camps-Münster: Ein gefährliches Uebel ist die Mitgliederfluktuation. Wir müssen ihrer Ursache mehr auf den Grund gehen und auf geeignete Mittel zur Abwehr sinnen. Vielsach nehmen die Vertrauensleute den Austritt eines Mitgliedes viel zu leicht. Wenn ein Kollege erklärt, auszutreten, dann freit die Vertrauensmann einfach den Namen und das Mitglied ist weg. Hier müssen die Vorstände eingreifen. Ausgetretene Kollegen müssen öfters besucht und zum Wiedereintritt animiert werden. In meinem Bezirk hat man mit dieser Praxis sehr gute Erfolge aufzuweisen. Dann möchte ich auch empfehlen, getrennte Marken- und Quittungsbücher einzuführen. Mit der Aufnahme von Mitgliedern aus anderen Verbänden ist die notwendige Vorsicht mitunter sehr verlegt worden.

Micheler-Günzburg macht Mitteilung über die Handhabung der Bestimmungen bei Krankenunterstützung in seiner Ortsgruppe.

Beer-Greiz: Auch wir haben mit dem Besuchen der ausgetretenen Mitglieder sehr gute Erfahrungen gemacht. Ein Grund der Fluktuation in der Mitgliedschaft ist das starke Betonen des Materielle. Wir müssen mehr die idealen Bestrebungen unserer Bewegung in den Vordergrund drängen. Mehr Bedacht auf die Gewinnung der Arbeiterinnen! — Redner begründet die Anträge 77—79, 96 und 109.

Schiffer, Vorsitzender, gibt einige Winke für die praktische Ausübung der Agitation.

Kuh-Erfenbach gibt eine Erfahrung zum Besten, die er mit dem Uebertritt eines Mitgliedes aus anderem Verbands gemacht hat. Man sollte Uebergetretene nicht gleich zu Vorstandsposten heranziehen.

Mehrfert-Neustadt D.-Schl. spricht zu dem Antrag 95. Trennung der Mitglieds- und Quittungsbücher betr.

Hanacher-Elberfeld: Wenn die Kollegen aus Hochentrich, die den Antrag stellten, es wüßten die Lokalbeamten alle paar Jahre veretzt werden, die Schwierigkeiten der Durchführung solchen Planes bedacht hätten, dann würden sie ihren Antrag gewiß nicht gestellt haben. Manchmal werden bei Anstellung von Lokalbeamten von der Zentrale Fehler gemacht. Man stelle doch keinen Lokalbeamten an, ohne daß die notwendigen Vorbereitungen gegeben sind. Man muß den Beamten die notwendige Erläuterungsmöglichkeit bieten und geeignete Büreauräume zur Verfügung stellen können. — Wenn über die Agitationskommissionen gesagt wird, dann verfolge ich das nicht. Die Agitationskommission unseres Bezirks arbeitet vorzüglich. Die Hausagitation hat nicht überall den guten Erfolg aufzuweisen, den man gewöhnlich und erwartet. In vielen Ortsgruppen hat man es wohl an der genügenden Vorbereitung fehlen lassen. — Bei Anstellung von Beamten mag die Zentrale doch mit den Instanzen des Bezirks Fühlung nehmen. Das ist in unserm Bezirk in einem Falle nicht geschehen.

Koch-Düren bespricht die Agitation unter den Arbeiterinnen und bespricht den Antrag auf Schaffung eines besonderen Arbeiterinnen-Organs. Ut-Judha bespricht dieselbe Sache und wünscht Einführung einer Arbeiterinnen-Gemeinde im Verbandsblatt.

Die Mandatsprüfungskommission gibt ihren Bericht durch den Kollegen Koch-Düren. Es sind anwesend 90 stimmberechtigte Delegierte, darunter 7 Arbeiterinnen; ferner 13 Kollegen mit nur beratender Stimme.

Das Mitglied Heinen-M.-Glabbach hatte an die Generalversammlung Berufung wegen seines Ausschlusses aus dem Verbands eingeleitet. Die Mandatsprüfungskommission hat die Gründe des Ausschlusses unter Berücksichtigung der Beschwerde von Heinen geprüft und den Ausschluß für zu Recht anerkannt. Die Generalversammlung stimmt der Aufrechterhaltung des Ausschlusses zu.

Darauf wird in die Mittagspause eingetreten. Nach Wiedereintritt in die Verhandlungen erhält zuerst das Wort

Supperg-Süchteln: Er bespricht den Uebertritt von Kollegen aus anderen Verbänden und begründet gleichzeitig die Notwendigkeit einer periodisch erscheinenden Beilage zum Verbandsorgan. Bislang blieben oft Zuschriften wochenlang auf der Redaktion liegen.

Wißger-Colmar: Kollege Koch magte darüber, daß mitunter bei der Zentrale von Kollegen Schreiben eingingen, die eine große Unkenntnis der Verbands-satzungen betrieten. Man schide doch solche Schreiben an die in Frage kommenden Bezirks- oder Lokal-beamten, damit diese die Sachen erledigen. Das ist doch im Interesse der Sache und auch der Zentrale und der betr. Beamten. — Daß ausgetretene Mitglieder wiederholt besucht werden müssen, halte ich auch für notwendig, und daß ein solcher Besuch gut ist, habe ich wiederholt erfahren. Wo ein Lokal-beamter angeht, ist, soll auch dieser diese wichtige Kleinagitation mitsprechen. Der Einwand, daß die Autorität der betr. Beamten darunter leiden würde, ist nach meiner Ansicht nicht stichhaltig.

Lenjing-Bucholt: Die in unserer jetzigen Verbandsorganisations vorgesehene Agitationskommission ist ein Ding ohne praktischen Wert. Ich halte es für wertvoller, wenn neben den Bezirkskonferenzen hin und wieder Tagungen mit den Vorsitzenden und Kassierern der Ortsgruppen abgehalten werden. Zur Agitation zieht jeder Bezirksbeamte die sähigen Kollegen heran, ob diese Mitglieder der Agitationskommission sind oder nicht.

Krüppel-M.-Glabbach: Unsere Mitglieder müssen mehr zu Idealisten erzogen werden. Wenn in der Agitation und Aufklärungsbearbeitung nur auf die materielle Seite unserer Bewegung hingewiesen wird, dann werden wir damit weder Mitglieder halten können, noch Kollegen zu tüchtigen, opferfreudigen Mitgliedern erzielen. Der Bezirksleiter muß mindestens einmal im Jahre sämtliche Ortsgruppen seines Bezirks besuchen. Es liegen dieser Versammlung Anträge vor, die beweisen, daß das bisher nicht immer geschehen ist. Wenn der Besuch sämtlicher Ortsgruppen des Bezirks innerhalb eines Jahres unmöglich ist wegen der Größe des Bezirks, dann muß eine Teilung des letzteren vorgenommen werden.

Marquardt-Anrath: In dem Geschäftsbericht wurde darauf hingewiesen, daß mehr Wert auf die Pflege der Statistik und auf praktische Verwaltungsarbeit gelegt werden müßte. Ich sehe diese Notwendigkeit auch ein, aber die Durchführung scheitert an der Ueberlastung der tätigen Kollegen des Vorstandes und an der Arbeitsfülle mancher Vertrauens-

männer. Es ist bei der steigenden Arbeitsfülle überaus schwer, Kollegen für die Mitarbeit zu bekommen. Wir müssen den tätigen Mitgliedern darum eine kleine finanzielle Entschädigung zubilligen.

Fischer-Mühlhausen: Wir klagen über die wenigen Erfolge in der Agitation unter den Arbeiterinnen. Wollen wir in der Arbeiterinnenorganisation besser vorankommen als bisher, dann müssen die Kolleginnen zur Mitarbeit herangezogen werden. — Konferenzen mit den leitenden Mitgliedern der Ortsgruppen halte ich für ein gutes Mittel, unsere Bewegung vorwärts zu bringen. In solchen Konferenzen können auch die praktischen Verwaltungsarbeiten behandelt werden. Wenn notwendig, müßte die Zentrale zur Deckung der Agitationskosten Zuschüsse geben. — Um die Mitgliederfluktuation einzubändigen, haben wir eine Vertrauensmänner-Kontrolle eingeführt. Durch Besuch der Uebergetretenen ist es uns in vielen Fällen gelungen, die Kollegen oder Kolleginnen wieder zu gewinnen bzw. zu behalten.

Gertrud Schwarz-M.-Glabbach: Wir müssen unbedingt mehr in unserm Verbandsorgan für die Aufklärungsarbeit unserer Arbeiterinnen tun. Ob dazu die Einführung einer sogenannten Arbeiterinnen-Gemeinde sehr geeignet ist, kann man bezweifeln. Haben wir in unserm Organ eine solche Ecke, dann ist zu befürchten, daß die Kolleginnen nur die Artikel und Notizen unter dieser Rubrik, nicht aber auch die anderen Sachen lesen. Unbedingt erfolgreich für die Gewinnung der Arbeiterinnen ist die Hausagitation. Wir haben in unserer Ortsgruppe dadurch in einer Woche 90 Arbeiterinnen gewonnen. Wer in der Agitation unter den Kolleginnen nur das Materielle betont, der macht Fiastro mit seiner Arbeit. Gerade unter den Kolleginnen ist ein Hervorheben der idealen Seite unserer Bewegung notwendig. — Daß die Vorstandsmitglieder eine größere Entschädigung für ihre Arbeit erhalten sollen, scheint mir nicht recht zu sein. Trägerin unserer Bewegung muß die freudige Opferwilligkeit sein.

Blankenagel-Barmen: Es ist gesagt worden, die Agitation müßte mehr spezifiziert werden, z. B. ist von Branchenagitation gesprochen worden. Das ist aber nicht so einfach. Es müßte den Kollegen denn mehr Material von der Zentrale zur Verfügung gestellt werden. — Redner bespricht dann noch einige Fehler, die bei der Anstellung eines Beamten im Barmen Bezirk von der Zentrale gemacht sein sollen.

Schiffer-Düsseldorf gibt über letztere Sache Aufklärung und rechtfertigt das Vorgehen des Zentralvorstandes.

Lenker-Rheine plaidiert für Antrag 82, der die Veretzung der Bezirksbeamten nach etwa zweijähriger Tätigkeit im Bezirk verlangt.

Killessen-Meinshagen regt an, Statutenbücher in Taschenformat drucken zu lassen und dieselben zu billigen Preisen zu verkaufen, damit die Kollegen stets in der Lage wären, über Bestimmungen des Statuts Aufklärung zu geben.

Hollmann-Elberfeld beweist aus der Praxis im Barmen Bezirk, daß die Agitationskommission doch kein überflüssiges Gebilde ist. Sie müßte nur mehr ausgebaut werden. Im übrigen bespricht Redner die bereits vorgebrachten Vorschläge bei Anstellung eines Beamten im Barmen Bezirk.

Heutmann-Düsseldorf spricht sich gegen eine Arbeiterinnende im Organ aus und gibt im übrigen einige Erfahrungen an, die er in der Arbeiterinnen-Agitation gemacht hat.

Es erfolgen dann einige Richtigstellungen und persönliche Bemerkungen. Darauf zieht das Resümee aus der Diskussion

Schiffer-Düsseldorf: Die Anregung, die Agitation mehr zu spezifizieren, muß unbedingt beachtet werden. Der Zentralvorstand wird in Zukunft mehr in dieser Sache tun. — Mehr Gewicht muß auf den Verkauf von Broschüren gelegt werden. In den Versammlungen muß immer und immer wieder auf die Notwendigkeit einer geeigneten Lektüre hingewiesen werden. Die Anregung Nöhlings, den Beamten Spezialgebiete zum Studium zu überweisen, soll beachtet werden vom Zentralvorstande. Die Durchführung ist aber nicht ganz einfach. Mögen uns die Beamten ihre Meinungen und Wünsche diesbezüglich mitteilen. Die Agitation muß immer den neuzeitlichen Verhältnissen angepaßt werden. Mehr individualisieren.

Dann wird in die Beratung der Anträge eingetreten.

Angenommen wird der Antrag 66:

Die Agitationskommissionen werden aufgehoben. Abgesehen von den jährlichen Bezirkskonferenzen sind die Bezirksleiter verpflichtet, wenigstens einmal im Jahre behufs Beratung über die Agitation die Ortsgruppenvorstände und Beamten des Bezirks zu einer Sitzung einzuladen.

Damit ist auch Antrag 67 erledigt, der sich mit der Agitationskommission befaßt. Der Antrag 68, daß an allen Bezirkskonferenzen ein Mitglied des Zentralvorstandes teilnehmen soll, wird dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antrag 69 wird in folgender Fassung angenommen:

Die Bezirksleiter sind gehalten, behufs Kontrolle der Geschäftsführung, Förderung der Agitation und Feststellung der örtlichen Verhältnisse mindestens einmal im Jahre die Ortsgruppen ihres Bezirks zu besuchen.

Die Anträge 71 und 72, die sich mit der Vergrößerung unseres Verbandsorgans befaßen, werden dem Zentralvorstande zur Ermöglichung überwiesen. Der Antrag 73, am Kopfe des Organs ein Inhalts-

verzeichnis anzubringen, wird angenommen; abgelehnt dagegen der Antrag, eine Circulartafel einzuführen. Angenommen wird der Antrag 75, den Zentralvorstand ersucht, im Verbandsorgan mehr für die Agitation unter den Arbeiterinnen zu tun. Der Antrag 76, der für die Arbeiterinnen ein besonderes Organ schaffen möchte, wird dahin erledigt, daß Kollege Schiffer im Gesamtverbande die Sache zur Beratung bringt. Antrag 77 wird zurückgezogen; 78, betr. Einführung einer Arbeiterinnende, abgelehnt. Abgelehnt wird der Antrag 79: Im Verbandsorgan sollen auch Inserate aufgenommen werden.

Der Antrag 80 wird in folgender Fassung angenommen:

Die anzustellenden Beamten müssen in der Regel 4 Jahre ununterbrochen dem Verbands, und zwar mindestens 2 Jahre als Vertrauensmann oder 2 Jahre als Vorstandsmitglied angehört haben.

Der Antrag 81:

Die Generalversammlung wolle die Freistellung einer weiblichen Agitationskraft beschließen, wird dem Zentralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Die Anträge 82 und 83, die sich mit der Veretzung der Beamten befaßen, werden durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt. Der Antrag 84:

Es sollen besondere Beamte angestellt werden, welche alle Ortsgruppen besuchen, in jeder Ortsgruppe etwa 2 bis 3 Wochen verweilen, Beiträge halten und mit dem Vorstande einen Arbeitsplan fürs ganze Jahr festlegen, wird dem Zentralvorstande zur Ermöglichung überwiesen. Der Antrag 86, Freistellung von Beamten betr., wird dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 87 wird zurückgezogen. Der Antrag 95, „es sind getrennte Mitglieds- und Quittungsbücher einzuführen“, wird angenommen. Für das erste Jahr der Mitgliedschaft werden Quittungskarten verwendet. Angenommen wird ferner ein Antrag, den Eintritt durch eine besondere Marke zu quittieren; der Antrag, Verbandsbeitrag und Lokalbeitrag sind gemeinsam durch entsprechend höhere Marken zu quittieren, dem Zentralvorstande zur Ermöglichung überwiesen.

Der Antrag 98 wird in folgender Fassung angenommen:

Denjenigen Mitgliedern, die aus anderen Verbänden übertreten, muß die Dauer ihrer Mitgliedschaft in der fremden Organisation im Quittungsbuch in einer besonderen Rubrik vermerkt werden.

Bei Uebertritten aus anderen Verbänden muß eine kurze Angabe über die Persönlichkeit des Uebertretenden sowie über die Beweggründe des Uebertrittes bei dem Zentralvorstand eingereicht werden. Der Uebertritt ist dann als vollzogen zu betrachten, wenn kein Widerspruch erhoben wird.

Angenommen wird auch der Antrag 109, der bestimmt, daß kranke Mitglieder aus anderen Verbänden nicht aufgenommen werden können. Annahme finden ferner die Anträge 99, 101—104 und 111. Antrag 112 erhält folgende Fassung:

Der Zentralvorstand wird ermächtigt, den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der Ortsgruppen auf Antrag bis zu 2% der Ortsgruppen-Gesamteinnahme als Entschädigung zu gewähren.

Der Antrag 108,

Der Ausschluß aus dem Verbands kann vom Zentralvorstand oder der Generalversammlung der Ortsgruppe resp. Bezirk erfolgen, wenn ein Mitglied sich ohne Grund weigert, das Amt eines Vertrauensmannes zu übernehmen,

wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Zurückgezogen wird der Antrag 106. Der Antrag Günzburg (105), die Generalversammlung möge den Zentralvorstand beauftragen, auf die Gefährdung einzuwirken, damit der nationale Arbeiterschutz mehr ausgebaut werde, wird mit dem Zusatz angenommen, daß spzl. der maximale zehntägige Arbeitstag für sämtliche Arbeiter der Textilindustrie zu erstreben sei. Zu diesem Antrage bemerkt

Schiffer-Düsseldorf: Wir haben natürlich die Pflicht, auf die Weiterführung und günstige Gestaltung der gesamten Arbeitergesetzgebung einzuwirken. Wir haben das bisher auch nach bestem Können getan. Und wenn in der sozialen Gesetzgebung Fortschritte zu verzeichnen sind, dann ist das nicht in letzter Linie dem steigenden Einflusse der christlichen Gewerkschaftsbewegung zuzuschreiben. Auch zur Zeit stehen wichtige Fragen zur Erledigung. Ich erinnere nur an die Gewerbeordnungsnovelle, die tiefstreichende Neuerungen bringen wird. Aber manche moderne und notwendige Forderung der Arbeiter ist in der Vorlage der Regierung unberücksichtigt geblieben. Da ist, um nur eines zu nennen, der maximale Arbeitstag von 10 Stunden für sämtliche Arbeiter spzl. des Textilverwes. Auch in der Arbeiterversicherung stehen wichtige Fragen zur Beratung. Die Reformpläne der Regierung enthalten manche Bestimmungen, denen wir unsere Fassung unbedingt verweigern müssen. In den Versammlungen müssen wir auf die Gefahren hinweisen und so die gesamte Arbeiterschaft gegen reaktionäre Pläne in die Front rufen. Unser Einfluß ist wohl so groß geworden, daß die bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Arbeiter keine sozialen Gesetze mehr machen werden.

Zur Beratung gelangt der Antrag 108 (Radl-

kirch): Die Generalversammlung wolle dahin wirken, daß der Paragraph 23 des preussischen Einwohnereingehes auf solche ausländische Arbeiter ausgedehnt werde, die innerhalb des preussischen Staatsgebietes beschäftigt sind.

Schiffer-Düsseldorf schlägt vor, den Antrag durch Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen.

Zu Beginn der Campagne war das Geschäft allseits in höchster Blüte, und die Spinner schienen nur darauf bedacht zu sein, sich den Wohlstand für ihre langfristigen Absichten zu sichern. Eine Preisfrage gab es gar nicht, da der Konsum auf der ganzen Stufenleiter der Industrie sojugal alle Fortschritte bewirkte. Hochbaumwolle kostete nach dem „Konfessions“-Anfang September 1907 in New York 13,55 Cents, und in Liverpool 7,55 Cents. Abgesehen von den durch Sully in der Saison 1903/04 hervorgerufenen Preistreibern gab es ein so hohes Preisniveau bereits seit drei Jahrzehnten nicht, und unmittelbar vor der Ernte mußte es jedermann, der sich inmitten des Hauszeubaus einen unbefangenen Blick bewahrt hatte, als übertrieben erscheinen. Im nächsten Monat folgte der Zusammenbruch in New York, der die Geschäftslage in allen Ländern und in allen Branchen aufs stärkste erschütterte. Die Baumwollindustrie wurde nach zwei Richtungen hin in Mitleidenschaft gezogen. Die amerikanischen Produzenten forcierten die Verkäufe, um möglichst zu Geld zu kommen. Der Konsum aber war plötzlich fast abgebrochen. Es folgten in Amerika Betriebsreduktionen engros. Zuerst glaubte man zwar, und diese optimistische Stimmung war namentlich auch in Deutschland verbreitet, daß die Erschütterung in Amerika sich nur als eine kurze Episode erweisen und daß bald alles wieder in den Gang der früheren Prosperität zurückkehren würde. Diese Annahme erwies sich indes als irrig; die Betriebsreduktionen in Amerika nahmen vielmehr zu, und je mehr die Krisis sich nach allen Richtungen der Windrose verbreitete, desto mehr erwies sich Betriebsreduktionen auch in England, und seit dem Sommer 1908 auch in Deutschland als notwendig. In Deutschland und in England hat sich die Geschäftslage am Schlusse des Baumwolljahres 1907/08 noch immer nicht gebessert, sie steht in einem bedauerlichen Gegensatz zu der Situation vor Jahresfrist, während in Amerika die Betriebsreduktionen bereits verringert werden konnten und die Zukunftsaussichten wieder zusehends besser beurteilt werden. Hoffentlich wird die gute Ernte in Deutschland in Kürze auch eine Besserung der Geschäftslage herbeiführen.

Die Preisbildung auf dem Baumwollmarkt im Jahre 1907/08 wurde indessen nicht nur durch den Gang des Geschäftes in der Baumwollindustrie beeinflusst, sondern selbstverständlich auch durch die Größe der Baumwollernte und die Erntebewegung. Bis zum Schlusse der vorigen Woche, resp. bis zum 29. August kamen 11.591 Mill. Ballen amerikanische Baumwolle in Sicht, und dieses Resultat wird durch die letzten Tage der Campagne nur mehr unwesentlich verändert werden. Die Ernte des Jahres 1907/08 hat sich also als ziemlich genau so groß herausgestellt, als sie seit dem Winter übereinstimmend prognostiziert worden war, so von der Regierung auf 11.678 Mill. Ballen. Sie vergleicht sich mit den Ernten der letzten Jahre folgendermaßen: 1907/08 11.591 Mill. Ballen, 1906/07: 13.551 Mill. Ballen, 1905/06: 11.320 Mill. Ballen, 1904/05: 13.557 Mill. Ballen.

Die Ernte des Jahres 1907/08 blieb demnach um circa 2 Mill. Ballen hinter jener des Jahres 1906/07 zurück, die der bisher größten Ernte von 1904/05 ungefähr gleich kam. Diesem Ausfall der Ernte stehen aber auch Mindererträge der Spinner gegenüber, da diese insgesamt bloß 11,94 Millionen Ballen (i. B. 13,14 Millionen Ballen) übernahmen. Zweifellos ist der Verbrauch von Baumwolle im Jahre 1907/08 gegen das Jahr vorher sehr erheblich zurückgegangen, und namentlich in den Vereinigten Staaten bezogen die Spinner um circa 800.000 Ballen weniger als im Jahre 1906/07. Trotzdem waren indessen ihre Bezüge noch nahezu so groß, wie jene des europäischen Kontinents.

Die Preisbildung im Jahre 1907/08 war neben jener der Vorjahre folgendermaßen: Die höchste und niedrigste Notierung für effektive Baumwolle war in New York im Jahre 1907/08: 13,55 resp. 9,50 Cents, 1906/07: 13,55 resp. 9,60 Cents, 1905/06: 12,60 resp. 9,85 Cents.

Die höchste Notierung von 13,55 Cents war im 1907/08 zu Ende August 1907, und im Verlauf von 1907/08 zu Anfang September 1907 in Geltung, die niedrigste Notierung von 9,50 Cents am Schlusse der vorigen Woche. Die Baize der Baumwollrente, die im Monat August so erhebliche Fortschritte gemacht hat, ist in der Hauptsache auf den unbefriedigenden Geschäftsgang der Spinner, namentlich in der europäischen Industrie, und auf die im großen und ganzen günstigen Aussichten der Baumwollernte zurückzuführen. Auch die jüngsten Ueberbewehmungen in einzelnen atlantischen Staaten dürften nur die Qualität, nicht aber die Quantität beeinträchtigen; im übrigen wird der am 1. Sept. in Washington zur Veröffentlichung gelangende Monatsausweis über die Baumwollausfuhr Aufschluß geben und die Welt orientieren, ob noch mit weiteren Preisrückgängen der Baumwolle zu rechnen ist.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der christlich-soziale Metallarbeiterverband Deutschlands hielt in den Tagen vom 6. bis 9. September in München seine 5. Generalversammlung ab, die sich u. a. mit dem Kartell- und Syndikatswesen in der schweren Industrie und mit dem Berufenenlöhnsystem befaßte. Als Referent für den ersten Punkt war Reichstagsabgeordneter Dr. H. Meyer (Kaufbeuren) vorgehen. Der Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom 1. Juli 1906 bis 1. Januar 1908 behandelt einleitend die wirtschaftliche Lage in der Eisenindustrie, besonders in der Grobisenindustrie. Ein umfangreiches Material gibt Aufschluß über die Eisenproduktion und -verarbeitung, die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Bezirken Deutschlands und den bisherigen Verlauf der Krise. Die Mitgliederverhältnisse des Verbandes sind in zahlreichen Tabellen und graphischen Darstellungen erläutert. Die Ergebnisse einer Mitgliederstatistik gewähren Einblick in Alter, Mitgliederalter und Beruf der Mitglieder. Etwa 70 Prozent der Mitglieder gehören den gelehrten Berufen an, darunter Schlosser, Formner, Dreher und Schmiede am häufigsten vertreten sind. Die in der Vorberichtszeit vorgenommenen Streiks und Lohnbewegungen sind einzeln geschildert. Die im Jahre 1907 in 147 Fällen mit 6223 Mitgliedern geführten Bewegungen erreichten eine Gesamtunterstützung von 361.500 Mt. und eine Gesamtarbeitshinderung von rund 27.660 Stunden. An Kranenunterstützung, die erst

seit dem 1. Januar 1907 eingeführt ist, wurden vom Verband im Jahre 1907 71.288 Mt. ausgezahlt, an Arbeitslosenunterstützung in beiden Jahren 13.759 Mt. Im Jahre 1907 wurden insgesamt 11.465 Versammlungen aller Art abgehalten, während 36 Beamte die Geschäfte des Verbandes besorgen. Die Einnahmen des Verbandes betragen sich für die Jahre 1906 und 1907 auf insgesamt 1.240.925 Mt. Für die gesamten Unterstüzungen wurden verausgabt im Jahre 1906 133.663 Mt. und im Jahre 1907 156.990 Mt. Der Vermögensnachweis ergibt für Ende 1907 die Summe von 585.352 Mt. Eine umfangreiche Arbeit leistete der Verband insbesondere für die Hütten- und Walzwerksarbeiter. Die durch statistische Erhebungen gewonnenen Ergebnisse teilt der Geschäftsbericht in einer etwa 200 Seiten umfassenden Arbeit mit. Auf die Verhandlungen der Generalversammlung kommen wir noch zurück.

Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen hat vom 6. bis 10. September seine vierte Generalversammlung in Achsfeldburg abgehalten. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Verband in der Zeit vom 31. März 1906 bis zum 31. Dezember 1907 um 32 Zahlstellen und 1278 Mitglieder zugenommen hat. (Dagegen hat der sozialdemokratische Verband in dieser Zeit nur 598 Mitglieder gewonnen.) Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1907 in 106 Zahlstellen 4221, darunter 529 weibliche Mitglieder. Entsprechend der Entwicklung in der Mitgliederzahl haben sich auch die Kassenverhältnisse günstig entwickelt. Die Gesamteinnahmen des Verbandes seit Bestehen desselben (1. August 1900) belaufen sich auf 159.334 Mt., wovon 93.187 Mt. allein auf die letzte Berichtperiode (vom 1. April 1906 bis 31. Dezember 1907) entfallen. Innerhalb dieser 7 Quartale wurden für Streit- und Genügeleistungen Unterstützung 36.729 Mt. angewendet. An Lohnbewegungen war der Verband in 48 Fällen beteiligt; 20 hiervon wurden allein geführt. Sämtliche Lohnbewegungen, soweit sie in der Maßbranche stattfanden, endeten mit guten Erfolgen für die Arbeiter. Nur die Bewegung in der Achsfeldburger Konfektionsindustrie, die unter äußerst ungünstigen Verhältnissen geführt werden mußte, sowie eine Bewegung der Lieferungsneider in Karlsruhe und die vom „freien“ Wäschearbeiterverband eingeleitete Bewegung in Herford, an der der Verband mit einer Anzahl Mitglieder beteiligt war, befriedigen nicht; dagegen brachte eine Bewegung der M.-Gladbacher Konfektionsneider wesentliche Vorteile für die Arbeiter. — Der Verband ist an 68 Tarifverträgen beteiligt; davon wurden 32 von der christlichen Organisation allein abgeschlossen.

Das Verbandsorgan erscheint in einer Auflage von 5600 Exemplaren. Im Februar 1907 wurde ein Tarifvertragschema, welches die Form der abzuschließenden Tarifverträge regelt, mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverband für das Schneidergewerbe abgeschlossen, ferner im November letzten Jahres eine Vereinbarung mit genanntem Verbands getroffen, welche bezweckt, Streiks und Aussperrungen möglichst zu vermeiden.

Der Verbandstag beschäftigte sich mit folgenden Fragen: Tarifbewegung in der Maß- und Konfektionsbranche; Taktik bei Lohnbewegungen; Agitation: a) Allgemeine, b) Agitation und Organisation der Konfektionsneider, c) Agitation und Organisation der Arbeiterinnen; geistlicher Heimarbeiterschutz und ferner mit den Verhältnissen in der Lieferungsindustrie. Aus den Debatten zu den behandelten Fragen war zu ersehen, daß der Verband bezüglich der Ausbildung und Schulung der Mitglieder sehr gute Fortschritte zu verzeichnen hat. Die Beschlüsse zu den einzelnen Punkten wurden in Resolutionen niedergelegt. Da die Geschäfte an der Zentralverwaltung nicht mehr von einer Person erledigt werden können, wurde beschlossen, dem Zentralvorstand eine Hilfskraft beizugeben. Ferner beschloß der Verbandstag, an dem bisherigen Beitragssystem festzuhalten, jedoch eine weitere Beitragsklasse mit entsprechend erhöhten Unterstüzungsätzen einzuführen. Die Zuteilung der Zahlstellen zu den verschiedenen Beitragsklassen erfolgt durch den Zentralvorstand im Einvernehmen mit den Lokalverwaltungen der Zahlstellen. Streikgeld wird nunmehr auch beim Ableben des Ehegatten des Mitgliedes gewährt.

Aus gegnerischen Organisationen.

Ein „Berliner“ Kriegsplan. Die Führer der Berliner Fachabteilungen halten aneinander den Zeitpunkt für gekommen, in die ihnen bisher verschlossene Erdölölgeheimnisse einzubrechen. Im Anschluß an die von der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Köln beschlossene Resolution betreffs des Züricher Kongresses schreibt die „Baugewerkschaft“:

„Die Resolution trifft das Richtige. Aber die „Berliner“ werden weiter verkehren. Ja, es soll der „keine Plan“ bestehen, eigens eine Person zu diesem Zwecke nach dem Rheingebiet zu dirigieren. Herr Richter hat ja schon einen Absteher nach Köln gemacht. In den führenden Kreisen der „Berliner“ soll eine große Begeisterung für den „keinen Plan“, als den ihn Herr Sig. Fournell bezeichnet haben soll, vorhanden sein. Die Kollegen am Rhein mögen wachsam sein, die „Berliner“ Schleicher arbeiten nicht offen, aber um so schlimmer wirken ihre heimlich abgeschlossenen vergifteten Pfeile. Die ganze traurige Mißere dieser Tätigkeit tritt in dem Berliner Vereinsleben politischer wie religiöser Natur zutage.“

Diese Mitteilungen der „Baugewerkschaft“ können wir bestätigen und noch dahin ergänzen, daß Köln selbst dazu außersehen ist, dem neuen Fachabteilungsapostel im Westen als Domizil zu dienen. Von hier aus soll er seine Hez- und Ministerarbeiten gegen die christlichen Gewerkschaften betreiben. Durch Zufall ist die Aeußerung eines der bekanntesten Fachabteilungsleiter zur Kenntnis Dritter gekommen, die dahin lautet, daß dieser keine Plan am Hauptstüb der christlichen Gewerkschaften eine große Aeußerung verursachen“ würde. Diese recht schadenfrohe klingende Erwartung wird sich nicht erfüllen. Der neueste Berliner Fuharenritt braucht den christl. Gewerkschaften wenig Sorge zu machen. Die Fachabteilungen werden im Kölner Bezirk keine solchen trüben Gewässer wie in Oberhessen und Saarorten finden, in denen sie mit Erfolg ihre Netze auswerfen könnten. Wenn der keine Plan wirklich zur Ausführung gelangt, wird der neue „Berliner“ Mann nicht auf Rosen gebettet sein.

Erziehung der Jugend zum Sozialismus in den „freien“ Gewerkschaften. Der Streit um die Jugend ist nach dem sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress in Hamburg erst eigentlich entbrannt. Der Streit geht darum, ob die Erziehung der jugendlichen Arbeiter zur Sozialdemokratie von selbständigen Jugendorganisationen oder von den Gewerkschaften geleitet werden soll. Unzweifelhaft wird diese Frage auch auf dem diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg zur Erörterung kommen. (S. f. f. s. d. N.) Wie sich die „freien“ Gewerkschaften zu dieser Frage stellen, geht aus einem Bericht über die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Nürnb. hervor, wo nach dem Berichte des „Vorwärts“ der „Genosse“ Franke erklärte:

„Die Gewerkschaften seien die beste Schule für die Jugend. Man sage, sie solle zu Kämpfern erzogen werden. Das geschähe aber zuerst in der Werkstatt und durch die Gewerkschaft. Die Jugendlichen spielten eine hervorragende Rolle bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse. Das habe namentlich die Praxis des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter bewiesen. Aus den Tarifverträgen sei zu ersehen, daß für die Jugendlichen manche Vorteile festgelegt seien. Eine gewisse Selbständigkeit sei der Jugend in der Organisation auch gewährt. Der Verein der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge werde nicht Tarife vorweisen können, wo die Jugend so stark beschäftigt werde. Von der Neutralität der Gewerkschaften könne heute keine Rede mehr sein. Gewerkschaft und Partei seien eins. Die Gewerkschaften könnten und würden auch die sozialistische Bildung bei der Jugend vorbereiten. Eine politische Zentralorganisation und eine Zentralorganisation der Gewerkschaften wollten wir, nicht aber daneben noch eine Partei der Jugendlichen.“

Nach dem Hamburger Kongress entfallen die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine eifrige Tätigkeit, um die jugendlichen Arbeiter für ihre Bestrebungen zu gewinnen. Wo die Neise hingeht, zeigen uns die Ausführungen des „Genossen“ Franke. Die Konsequenzen für unsere Jugendvereinigungen und christlichen Arbeiterorganisationen ergeben sich daraus von selbst.

Der „gelbe“ Bund Vaterländischer Arbeitervereine hielt dieser Tage seine zweite Hauptversammlung in Waldenburg in Schlesien ab. Wir entnehmen darüber der Tagespresse:

Bertraten waren 75 Vereine mit über 10000 Mitgliedern. Der Vorsitzende (der bekannte Gustaf Erner) betonte in seiner einleitenden Rede, daß auch bei dieser Gelegenheit wohl der Eindruck gewonnen würde, daß bei den Mitgliedern des Bundes und allen Vereinen sich Worte und Taten bedeu, und daß es dem Bunde tatsächlich um einen aufrichtigen, wirtschaftlichen Frieden, um eine vertrauensvolle Vereinigung zwischen Arbeit und Kapital zu tun sei. Herr Erner erläuterte einen Bericht über die Wohlfahrtsbestrebungen und andere Einrichtungen im Bunde. Bei dem Punkt der Tagesordnung: „Stellung zu anderen Arbeiterverbänden“ kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache, die aber schließlich einmütig zur Annahme der folgenden Resolution führte: „Die Hauptversammlung billigt das bisherige auf den Frieden unter antizipal-demokratischen Arbeiterverbänden gerichtete Bestreben des Vorstandes und der Geschäftsstelle, erwartet aber auch, daß der besondere Standpunkt des Bundes stets entschieden gewahrt werde.“ Eine weitere Kundgebung richtete sich gegen die Unterstellung, daß der Bund die kirchliche Gleichgültigkeit begünstige, vielmehr wird ausdrücklich betont, daß der Bund nach Zusammensetzung und Bestrebungen eine Gemeinschaft von Männern darstelle, die es nicht nur mit ihrer Treue zu Kaiser und Reich, sondern auch mit der Stellung der Kirche ernst meinen. Als ein ganz besonders wichtiges Ereignis dieser Tagung wüßten wir anzuführen, daß durch einstimmigen Beschluß der Vorstand veranlaßt wurde, bei unterer Gefolge Schritte zu unternehmen, daß endlich dem herrschenden Koalitionsswang, ausgeübt durch den Druck der Sozialdemokratie, ein Ende gemacht werde und an dessen Stelle eine wahre Freiheit der Vereinigung trete, unter der jeder einzelne nach seiner Ueberzeugung sich einem Arbeitervereine anschließen kann. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Rede auf die Stellung des Bundes zu den Arbeitgeber. Generaldirektor Regierungsrat a. D. Reinboß nahm Gelegenheit zu äußern, daß er den „Bund“ von seinem Anfang an mit Interesse beobachtet und nun die seine Ueberzeugung gewonnen habe, daß diese Organisation wesentlich zum Frieden in unserm Wirtschaftsleben beitragen werde. Selbstverständlich liege es auch dem Bunde gegenüber nicht in der Absicht der Unternehmer, in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter irgendetwas einzugreifen.“

Der „besondere Standpunkt“ des Bundes! Es wäre interessant zu erfahren, was das für ein „besonderer Standpunkt“ ist. Aber alle die schönen Versicherungen werden den „Vaterländischen“ nicht viel helfen. Die Abhängigkeit von den Unternehmern liegt zu offen. Das geht auch daraus hervor, daß zur Bekämpfung der Kräfte der Hauptversammlung bei den Arbeitgebern eifrig gebettelt wurde.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften im Jahre 1907. Im „Gewerkschaften“-Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erscheint jedoch der Jahresbericht der Hirsch-Dunderschen Organisationen — als letzter der großen Organisationsrichtungen. Den Gewerkschaften wird der Bericht sehr wenig Freude bereiten, denn die Entwicklung der Hirsch-Dunderschen in 1907 kam durchaus keine glänzende genannt werden. Als hervorzuhebenstes Merkmal muß ein verhältnismäßig starker Mitgliederrückgang konstatiert werden. 9619 Mitglieder gingen im Berichtsjahre verloren. Von 118.568 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1906 blieben 108.889 am Schlusse des vorigen Jahres. Ueber dieses niederdrückende Ergebnis lüchelt der Berichtshasser seine Lippen mit einem groben Täuschungsversuch hinwegzuhelfen. Frank und frei schreibt er: „Die Gesamtmitgliederzahl ist ebenso wie in den anderen Organisationen etwas zurückgegangen.“ Das Blat kann ruhig diesen groben Täuschungsversuch wagen, denn die Bissern der übrigen Organisationsrichtungen werden den Hirsch-Dunderschen Mitgliedern auf peinlichste vorenthalten. Sollte der Schreiber des Berichtes wirklich nicht wissen, daß in der Berichtszeit (1907) die christlichen Gewerkschaften um ca. 30.000 Mitglieder zugenommen haben, und daß auch die sozialdemokratischen Verbände in dem gleichen Zeitraum ihre Mitgliederzahl um über 7000 vermehrten? Das ist garnicht anzunehmen, denn die offiziellen Jahresberichte dieser Richtungen sind längst erschienen und in der gesamten Presse zur Besprechung gekommen. Es ist in der Tat sehr weit gekommen, daß mit derartigen Randbemerkungen die Mitglieder der Gewerkschaften über den Krebsgang ihrer Organisation hinweggetäuscht werden müssen. Im einzelnen weisen im Vergleich zu 1906 die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften den folgenden Mitgliederbestand auf:

Name des Gewerkschafts	Mitglieder Ende 1906	Mitglieder Ende 1907
Maschinenbau- u. Metallarbeiter	48 199	40 700
Raufleute	18 623	19 998
Textilarbeiter	17 183	15 848
Lehrer	6 299	6 107
Holzarbeiter	6 994	5 806
Lehrer	5 200	5 254
Schneider	4 060	4 534
Bergarbeiter	2 509	2 118
Töpfer	1 774	1 672
Graphische Berufe	1 829	1 586
Tabakarbeiter	1 900	1 680
Bauhandwerker	1 222	1 016
Brauer	683	875
Frauen und Mädchen	792	618
Büchler	451	374
Schiffszimmerer	251	314
Konditoren	298	135
Selbständige Berufe	—	117
Steinarbeiter	—	112
Kellner	84	48
Reispflüger	47	47
Handelshilfsarbeiter	—	23
	118 568	108 889

Mit diesem Ergebnis sind die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wieder bei dem Mitgliederbestand angekommen, den sie Ende 1906 bereits überschritten hatten. Die Klassenverhältnisse zeigen folgendes Ergebnis. Im Berichtsjahre betragen die Gesamteinnahme in allen Klassen 2.819.909,07 Mt., die Gesamtausgaben 2.602.626,72 Mt. Am Jahreschlusse 1907 betrug das Gesamtvermögen 3.813.830,76 Mt. gegenüber 3.626.082,24 Mt. am Schlusse des vorhergehenden Jahres. Die Summe verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Klassen: Gewerkschaftshauptkasse 1.416.554,93 Mt., Vorkassen 148.633,83 Mt., Kranen- und Begräbniskasse 1.063.080,04 Mt. Ueber die sonstige Tätigkeit und vor allem über die Erfolge im Berichtsjahre schweigt sich der Bericht vollkommen aus. Würde in dieser Beziehung viel aufzuweisen sein, so würde man kaum so ängstlich damit hinter dem Berge halten. Der Bericht bietet einen erneuten Beweis dafür, daß trotz aller Reformversuche die Hirsch-Dundersche Bewegung fortgesetzt den Krebsgang geht. Die Ursachen hierfür liegen bekanntlich tiefer.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der politische „Bund der Arbeitgeber“ und die Industrie. Mit dem Untergang von Dr. Tille, dem bekannten reaktionären Vertreter des Zentralverbandes deutscher Industrieller, in einer Broschüre unternommenen Versuch, den Gedanken eines politischen Bundes der Arbeitgeber zu neuem Leben zu erwecken, legt sich jetzt der Bund der Industriellen auseinander. Sein Organ, die „Deutsche Industrie“, schreibt:

Herr Dr. Tille beginnt seine Ausführungen mit der richtigen Feststellung, daß die industriellen Kreise mit einer kaum je erhörten Einmütigkeit an der Bewegung teilnehmen, die unter dem Stichwort der „politischen Vertretung der deutschen Industrie“ bekannt ist. Dieser schlägt der Verfasser selbst dieser Freiheit im Gesicht durch den gleich darauf folgenden Anspruch: „Nur eine gewisse Gruppe Industrieller des Königreichs Sachsen und eine kleine weitere Interessentenvertretung, der sogenannte Bund der Industriellen, dem aber irgendwelche sachliche Bedeutung nicht zukommt, hält sich davon zurück.“ Die von Herrn Dr. Tille verächtlich so benannte „nur eine gewisse Gruppe“ Industrieller des Königreichs Sachsen, ist nämlich der Verband sächsischer Industrieller, der mit seinen 4000 Mitgliedern die anerkannte Gesamtvertretung der sächsischen Industrie darstellt. Der sogenannte Bund der Industriellen aber umfaßt über 5000 deutsche Industrielle als direkte Einzelmitglieder, während der Zentralverband deutscher Industrieller nach der neuesten Veröffentlichung 564 Einzelmitglieder zählt. Das dürfte bereits zur Orientierung über den Charakter der sächsischen Darbietungen genügen.

Des ferneren aber steht die Behauptung des Herrn Dr. Tille, daß die beiden eben genannten Verbände sich von der Bewegung, für die deutsche Industrie eine angemessene politische Vertretung zu erreichen, zurückhalten, in direktem Gegensatz zu den allbekanntesten Tatsachen. Der Bund der Industriellen hat bereits lange vor dem Auftauchen des jetzt vom Zentralverband und seinem Konzern propagierten Gebanten, einen politischen Arbeitgeberbund zu schaffen, die Parole ausgegeben: „Gebührende Vertretung der Industrie in den Parlamenten!“ Der Verband sächsischer Industrieller hat bereits den einzig bestehenden Erfolg erzielt, daß mehr als 25 Prozent der Abgeordneten der zweiten sächsischen Kammer aus seinem Mitgliederkreise stammen. Der Bund hat auf dem schwierigen Gebiete der preussischen Landtagswahl die gleiche Arbeit begonnen und schon beim ersten Male bemerkenswerte Erfolge erzielt. Das paßt Dr. Tille aber nicht zu seinen Wünschen, und so ist es seinem Gedächtnis entwichen.

Der dem Bunde überpöhlend angelegentliches Verbänd sächsischer Industrieller hat durch die Wahl seines Syndikus Dr. Stresemann Eingang in den Reichstag gefunden, und der Bund hat durch den Sieg seines Generalsekretärs Dr. Wendlandt bei den letzten Wahlen Eingang in das preussische Abgeordnetenhaus zu erlangen vermocht, während die Schlichtträger des Zentralverbandes deutscher Industrieller, die Herren Hirsch, Wolff und Jungmann, und auch der Vorsitzende des Vereines deutscher Arbeitgeberverbände, Herr Kommerzienrat Wendt-Altona, von den Wählern fallen gelassen worden sind. Hierin ist eine deutliche Antwort der öffentlichen Meinung auf die schon vor der preussischen Landtagswahl erdortete Bildung einer rein politischen Arbeitgeberpartei, eines sogenannten politischen Bundes der Industriellen, enthalten.

Diese wegen der mannigfach auseinandergehenden Richtungen der Industriellen von der überwältigenden Mehrzahl der praktisch denkenden Industriellen als unausführbar und unglücklich zurückgewiesene Idee, sätzt der Bund weiter aus, konnte nach der letzten Tagung des Vereines deutscher Arbeitgeberverbände im Frühjahr als endgültig vertagt angesehen werden. Die nunmehr von Dr. Tille offenbar als Kampfmittel gegen den Bund der Industriellen und die anderen Vertretungen der Fertigungsindustrie im Auftrage des Zentralverbandes deutscher Industrieller wiederbelebte Idee einer politischen Arbeitgeberpartei, der nach Tille auch die Arbeitgeber in Handel und Verkehr, die Arbeitgeber im Mittelstande und sogar in der Landwirtschaft und schließlich jeder Salter eines Dienstboten angehören sollen und die überdies konfessionell sein werde, ist allerdings vom Bund der Industriellen im Gemeinshaft mit den großen industriellen Landesverbänden in Preußen, Sachsen, Baden, Württemberg &c. einmütig abgelehnt und als abgetan betrachtet worden. Der Bund erstrebt vielmehr mit Erfolg eine politische Vertretung der deutschen Industrie in den Parlamenten durch die Unterstüzung industrieller Kandidaten jeder sozialhaltenden Partei, da die Bildung einer neuen Partei aus den Arbeitgeberverbänden, deren Aufgaben stets eng umgrenzt und einseitig sozial sein werden, eine Ungerechtigkeit gegen die Beruhten der bestehenden, in unserem öffentlichen Leben und seinem Entwicklungsgange gegründeten Parteien, andererseits ein Umling gegenüber den bestehenden politischen Meinungen der Industriellen auf anderen Gebieten sein würde. Das der Verband sächsischer Industrieller in den Volksvertretungen des Königreichs Sachsen bereits durchgeführt hat, fähet der Bund

der Industriellen für das Reich und die Einzelstaaten... durch, auch wenn dieser Sachlage nach Ansicht des Herrn Dr. Tille...

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung.

Zum Begriff „Betriebsunfall“. Unfälle auf dem Wege zur Arbeitsstelle und zurück werden vom Reichversicherungsamt in ständiger Rechtsprechung nicht dem „Betriebe“ zugezählt...

Die Wagenfahrt, auf welcher der Kläger verunglückt ist, diente unstreitig dem Zwecke, sein Handwerkszeug, insbesondere eine Hobelbank, sowie Bettten und Hochgeschirre nach Beendigung der von ihm auf einem Neubau in G. geleisteten Schreinerarbeiten in seine in G. belegene Wohnung und Werkstatt zurückzubringen.

Was darf gepfändet werden? Seit dem 1. Januar 1900 sind folgende Gegenstände unpfändbar: 1. Kleidungsstücke, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Allgemeines.

Die Zulassung von Gewerkschaftsbeamten als Vertreter beim Gewerbegericht ist nun auch vom Gewerbegericht in Kassel ausdrücklich ausgesprochen worden. Ein Fabrikant hatte gegen die durch einen Gewerkschaftsbeamten ausgeübten Vertretungen Protest mit dem Einwand erhoben...

Wo ist der Lichtuhr-Laden schluß eingeführt? Aus einer Statistik, in welcher nicht nur die Orte, wo der vollständige Laden schluß für alle Branchen, sondern auch die, wo er nur für einzelne oder mehrere Geschäftszweige besteht, aufgeführt sind...

Invalidenversicherung im Jahre 1907. Die Beitragsannahme belief sich auf 178,8 Millionen Mk., das sind 8,7 Millionen Mk. mehr als 1906/7. Ausgegeben wurden an Invalidenrenten 126,8 Millionen Mk. (gegen 1906 mehr 5,7 Millionen Mk.)...

Table with 5 columns: Invalidenrenten, Krankenrenten, Altersrenten, Beiträge, and Erstattungen. Rows for years 1907 and 1900.

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Die Entwicklung ist danach eine wesentlich andere gewesen, als bei der Berechnung des Invalidenversicherungsbeitrags...

Der 9. deutsche Handwerks- und Gewerkekammertag erfuhr die Bundesregierung, dem Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitskammern die Zustimmung im Bundesrat zu verweigern, weil die Interessen des Handwerks...

Der 30. westfälische Handwerkerkongress hält die Einsetzung von Arbeitskammern für ungelernete Arbeiter für sehr berechtigt, legt aber entschiedenen Protest ein gegen die Einbeziehung von Handwerksgehilfen und Lehrlingen.

Verjammlungsständer. Thaus. 27. September, 11 1/2 Uhr, bei Wilsch, Kirchbaum-Wohlf. 27. Sept., Abrechnung der Vertrauensmänner-Gesellschaft...

Gießerkirchen. Gewerkschafts-Konsum-Verein „Arbeiterwohl“, e. G. m. b. H. Am Sonntag, 4. Oktober, Generalversammlung im Rath-Vereinslokal...

I. Agitationsbezirk (Krefeld). Am Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags punkt 3 Uhr findet im Lokale des Herrn Carl Klüver, Markt- und Hopfenstraßen-Ecke...

III.-Glabbach. Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 11. Oktober hierorts statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Delegierten zu ernennen...

Agitationsbezirk Aachen. Die diesjährige Bezirkskonferenz findet Sonntag, den 27. September, morgens 10 Uhr, im Gesellschaftshaus Fontäne 56 statt.

Bezirk Baden. Die Bezirkskonferenz wird am 11. Oktober in der „Bierhalle z. Greifen“ in Basel abgehalten. Die Tagesordnung wird später bekannt gegeben.

IV. Agitationsbezirk (Barmen). Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 4. Oktober statt. Lokal und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben.

V. Agitationsbezirk (Wehl, Münsterland). Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am 4. Oktober in Bocholt im Saale des kath. Arbeitervereins statt. Anfang 10 1/2 Uhr.

VI. Agitationsbezirk (Münster). Unsere diesjährige Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 4. Oktober in Ensdetten im Lokale der Wwe. Kaumann statt. Anfang 11 Uhr. Tagesordnung: 1. Situationsbericht...

X. Agitationsbezirk (Mühlhausen i. S.). Unsere Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 11. Oktober in Colmar statt. Lokal und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben.

XI. Bezirk (Straßburg). Die Ortsgruppen des Elzass halten die diesjährige Bezirkskonferenz gemeinsam mit dem Bezirk Mühlhausen am 11. Oktober in Colmar ab.

XIII. Agitationsbezirk (Chiringen-Sachsen-Brandenburg). Es finden folgende Bezirkskonferenzen statt: Gau Oberlausitz: 4. Oktober, in Zittau...

Bezirk Schlefien. Die Bezirkskonferenz findet am 11. Oktober statt. Ort der Tagung und Tagesordnung werden noch bekannt gegeben.

III.-Glabbach. Unsere Mitglieder mögen ihren evntl. Wohnungswechsel sofort bei den Vertrauensleuten melden, damit keine Unterbrechung in der Zustellung des Organs eintritt.

Sterbe-Tafel. Es starben die Verbandsmitglieder: Ludwig Jung in Dornach, Karl Gitter in Schirmeck...

Literarisches. Meyers Großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage.

Die Bezirkskonferenz wird am 11. Oktober in der „Bierhalle z. Greifen“ in Basel abgehalten. Die Tagesordnung wird später bekannt gegeben.

Mitglieder, agitiert für den Verband!